

Sabine Monauni: «Plan B ist der Konkurs»

Interview Diese Woche hat Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni die Pläne der Regierung zur Weiterentwicklung von Malbun und der Sanierung der Bergbahnen Malbun AG vorstellt. Wir haben uns mit der Ministerin über die Vorlage unterhalten - auch darüber, was eine Ablehnung bedeuten würde.

VON HANNES MATT

«Volksblatt»: Frau Regierungschef-Stellvertreterin, die Sicherung der Zukunft der Bergbahnen und der Winterdestination Malbun ist schon seit Längerem in der Pipeline. Mit welchem Gefühl haben Sie dieses besonders heisse Eisen angepackt?
Sabine Monauni: Die Sicherung der Bergbahnen und der Winterdestination Malbun ist mir persönlich ein grosses Anliegen. Meine ganze Familie hat in Malbun Skifahren gelernt. Malbun ist Teil der liechtensteinischen Identität. Auf der anderen Seite war mir natürlich bewusst, dass die anstehende Sanierung von allen Seiten gewisse Opfer verlangt. Ich denke aber, dass wir mit dem vorliegenden Konzept eine ausgewogene Lösung gefunden haben. Wichtig ist, dass die finanzielle Zukunft der Bergbahnen als wichtigster Leistungsträger in Malbun gesichert werden kann.

Wie konnte es überhaupt dazu kommen und wer ist daran schuld?
 Es war bereits im Jahr 2003 allen Beteiligten klar, dass mit den damals beschlossenen Investitionen von insgesamt 26 Millionen Franken keine langfristige und nachhaltige Finanzierung der Bergbahnen sichergestellt werden kann und spätestens in 20 Jahren erneut Finanzbedarf entstehen würde. An diesem Punkt stehen wir heute. Die Schuldfrage stellt sich daher aus meiner Sicht nicht.

Warum ist es gerade am Land, so viel Geld in Malbun reinzubuttern?
 Das vorliegende Entwicklungskonzept und Sanierungskonzept ist ein klares Bekenntnis der Regierung und der beiden Standortgemeinden Vaduz und Triesenberg zum alpinen Naherholungsgebiet und zur Sportstätte Malbun/Steg. Damit unsere Familien und Sportbegeisterte weiterhin ein attraktives Angebot in unserem Berggebiet in Anspruch nehmen können, müssen auch entsprechende Investitionen getätigt werden. Da alle Einwohnerinnen und Einwohner des Landes davon profitieren, soll die öffentliche Hand einen substantziellen Beitrag leisten.

Werden die Bergbahnen und die Feriendestination Malbun ohne Beiträge der öffentlichen Hand immer defizitär sein?
 Das ist leider so. Viele Bergbahnen sind auf Beiträge angewiesen, da die Liftanlagen sehr kapitalintensiv sind. Gemäss unseren Berechnungen haben die Bergbahnen Malbun ein jährliches strukturelles Defizit von rund 900 000 Franken. Selbst mit einem maximalen touristischen Ausbau könnten die Bergbahnen Malbun nicht ohne finanzielle Unterstützung betrieben werden.

Dass nun auch die «Hüüsle»-Besitzer in Malbun ihren Anteil leisten sollen, dürfte bei diesen nicht gut



Wie Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni betont, sei Malbun Teil der liechtensteinischen Identität. (Foto: ZVG)

ankommen. Was waren die Überlegungen dahinter?
 Mit der neuen Ferienwohnungsabgabe sollen auch diejenigen einen Beitrag leisten, die in besonderem Masse von einem attraktiven Leistungsangebot in Malbun/Steg profitieren. Solche Abgaben sind in touristischen Orten in der Schweiz und Österreich üblich. Bereits mit einer moderaten Abgabe von beispielsweise 250 Franken pro Bett und Jahr könnte bei rund 2100 bestehenden Betten in Malbun ein Beitrag von rund 500 000 Franken pro Jahr generiert werden.

Die Herabsetzung des Aktienkapitals der Bergbahnen um 85 Prozent bzw. um 23,1 Millionen Franken lässt aufhorchen. Ich frage mich als Nichtfinanzler: Ist das nicht ein gewaltiger Verlust von Volksvermögen?
 Die Kapitalherabsetzung ist ein normaler Vorgang bei der Sanierung einer Gesellschaft. Sie dient dazu, den bestehenden Verlust der Bergbahnen über rund 17 Millionen Franken zu beseitigen und den Wert der Anlagen zu berichtigen. Dabei sollen

die bereits entstandenen Verluste mit dem Aktienkapital verrechnet werden. Wie bereits erwähnt, war es von Anfang an klar, dass die finanzielle Zukunft der Bergbahnen nicht gesichert ist.

Der Verkaufspreis von 8 Millionen Franken für das Jufa-Hotel, das für 13,5 Millionen Franken gebaut wurde, klingt nach einem Schnäppchen. Ist das Gebäude nicht mehr wert?
 Im Jahr 2019 wurde der Ertragswert der Hotel-Immobilie gutachterlich auf 6,9 Millionen Franken geschätzt. Das vorliegende Verkaufsangebot liegt somit mehr als eine Million über dem geschätzten Ertragswert.

Können Sie uns nochmals kurz und verständlich erläutern, warum das Land noch 2 Millionen Franken zahlen muss, damit das Jufa-Hotel verkauft werden kann und wer bekommt dieses Geld?
 Der Landtag hat der Regierung den Auftrag erteilt, das Jufa-Hotel von den Bergbahnen Malbun zu entflechten. Grund dafür ist, dass die Bergbahnen mit dem Jufa-Engage-

ment eine hohe Fremdkapitalbelastung eingegangen sind und sich die erhofften Mehreinnahmen durch zusätzliche Gäste nicht realisiert haben. Das Fremdkapital der Bergbahnen im Zusammenhang mit dem Jufa-Hotel beträgt 12,8 Millionen Franken. Das heisst alleine mit dem Verkauf des Hotels ist die Verschuldung nicht gelöst. Deshalb müssen die privaten Darlehensgeber und Banken auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten und auch das Land einen Sanierungsbeitrag in der Höhe von 2 Millionen leisten. Dieser Beitrag geht nicht an das Jufa-Hotel, sondern hilft den Bergbahnen bei der Tilgung dieser Schulden.

«Green Malbun» lautet eine der angedachten Stossrichtungen. Dass Schneekanonen weiterhin zum Einsatz kommen sollen, ist aber nicht wirklich nachhaltig. Geht es denn nicht ohne Beschneigung?
 Leider geht es nicht ohne Schneekanonen. Heute liegt die Beschneigung in Malbun weit hinter dem Branchenstandard zurück. In der Schweiz liegt der Anteil beschneiter Pistenfläche bei 53 Prozent, in Österreich bei 70 Prozent und in Italien sogar bei 90 Prozent. Besonders in schneearmen Wintern zeigt sich,

dass die heutige Beschneigungsanlage in Malbun zu wenig leistungsfähig ist. Mit besseren Schneekanonen soll die Einschneizeit von derzeit 300 auf 100 Stunden verringert und dadurch auch der Energieverbrauch optimiert werden.

Ist die Schneesicherheit in Malbun mit Blick auf den Klimawandel langfristig überhaupt gesichert?
 Ja. Gemäss dem Gutachten des Instituts für Schnee- und Lawinenforschung aus dem Jahr 2019 ist die Schneesicherheit in Malbun mit Hilfe der Produktion von künstlichem Schnee für die nächsten zwei Jahrzehnte garantiert. Malbun liegt mit rund 1600 m.ü.M. relativ hoch und ist durch die nördliche Exposition des Skigebiets keiner starken Sonneneinstrahlung ausgesetzt.

Auf was für positive Veränderungen von Malbun darf man sich freuen, wenn die Vorlage durchkommt?
 Das Entwicklungskonzept sieht vor, das Winter- und Sommerangebot in Malbun/Steg moderat zu erhöhen. Wir brauchen keinen massiven Ausbau des Tourismusangebots, weil wir auch weiterhin die Erholung und Ruhe im Berggebiet geniessen wollen. Zum einen geht es eben um die Verbesserung der Beschneigung, damit die Schneesicherheit und -qualität gewährleistet werden kann. Das Angebot für Nicht-Skifahrer soll ausgebaut werden, indem neue Winterwander- und Schlittelwege angelegt werden sollen. Auch ist es wichtig, dass das Schlechtwetterangebot verbessert wird, bspw. durch eine Trampolinhalle für Kinder. Mit einer Überdachung der Terrasse auf Sareis könnte zudem das Gipfelerlebnis noch attraktiver werden. Im Sommer soll vor allem durch naturnahe und erlebnisreiche Elemente wie Bike-Trails, Mountain Carts oder Ziplines auch das Fun-Angebot nicht zu kurz kommen. Dabei sieht das Entwicklungskonzept auch vor, dass neben aktiven Tourismusgebieten auch Gebiete ausgeschieden werden sollen, wo die Natur den allerhöchsten Schutz genießt.

Haben Sie auch einen Plan B, wenn der Landtag zu diesem Plan oder Teilen davon Nein sagt?
 Plan B ist der Konkurs. Ich bin aber überzeugt, dass das von der Mehrheit im Land nicht gewünscht ist. Der Vorschlag der Regierung berücksichtigt viele unterschiedliche Interessen und ist im Rahmen der Projektgruppe breit abgestützt. Es muss allen klar sein, dass ohne staatliche Mittel das Leistungsangebot in Malbun/Steg nicht aufrechterhalten werden kann. Die Vorlage der Regierung ist ausgewogen und langfristig ausgelegt. Sie bezieht das Engagement aller Kräfte ein, von Land, Gemeinden und Privaten, weshalb ich hoffe, dass auch der Landtag diesem Zukunftsprojekt zustimmen wird.

Liechtenstein-Institut

Weltwirtschaft im Umbruch – Herausforderungen für Politik und Unternehmen

SCHAAN Coronapandemie, Ukraine-Krise, Lieferengpässe, steigende Energiekosten und Unsicherheiten hinsichtlich der Energieversorgung – die Liste mit Problemen und Risiken, mit welchen sich die Weltwirtschaft konfrontiert sieht, wird immer länger. Es steht ausser Frage, dass die Weltwirtschaft im Umbruch ist. Dies bringt diverse Herausforderungen für Politik und Unternehmen mit sich, welche Gabriel Felbermayr am Montag, 16. Mai 2022, im Rahmen eines Vortrags beleuchten wird. Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D., war von März 2019 bis Ende September 2021 Präsident des Instituts für Weltwirtschaft. Seit Oktober 2021 ist er

Chef des Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstituts WIFO. Seine Forschungs- und Beratungstätigkeit konzentriert sich auf Fragen der ökonomischen Global Governance und der Wirtschaftsintegration. Er hat eine Vielzahl von Artikeln in internationalen wissenschaftlichen Zeitschriften, in Policy Briefs und in Zeitungen veröffentlicht. Als ausgewiesener Experte für den globalen Handel, und in seiner In seinem Vortrag am 16. Mai 2022 in Schaan thematisiert Gabriel Felbermayr aktuelle Herausforderungen, mit denen sich Politik und Unternehmen konfrontiert sehen. (Foto: ZVG)



Funktion als Chef des WIFO, ist Felbermayr sehr prominent in der wirtschaftspolitischen Debatte zu den Effekten der Coronapandemie auf den internationalen Güterhandel und den wirtschaftlichen Implikationen des russischen Angriffs auf die Ukraine vertreten. Gemeinsam mit anderen führenden europäischen Wirtschaftsforscher/-innen formuliert er auch direkte Forderungen an die Politik. Zuletzt appellierte Felbermayr gemeinsam mit Christian Bayer (Universität Bonn), Martin Hellwig (Max-Planck-Institut) und Achim Wambach (ZEW) dafür, schnell wirksame Anreize zur Reduktion des Gasver-

brauchs zu setzen. Notfallpläne zu beschliessen, die erst bei Knappheit greifen, reiche nicht aus, so Felbermayr. (pr)

Weltwirtschaft im Umbruch – Herausforderungen für Politik und Unternehmen
 Montag, 16. Mai, 18.30 bis 20 Uhr
 Kleiner Gemeindesaal, Schaan
www.liechtenstein-institut.li

ANZEIGE

